

AKTUELL

RESIDENZWAHLRECHT

Ratio statt Emotionen

David Angel

Während die Regierung mit der groß angekündigten Debatte zu den anstehenden Referenden und der Frage des Residenzwahlrechts noch auf sich warten lässt, nimmt nun ein nicht unbeträchtlicher Teil der Zivilgesellschaft das Blatt in die Hand.

„Wir wollen eine offene und sachliche Diskussion in Sachen Residenzwahlrecht“ gab der Vizepräsident der Ligue des droits de l'Homme (LDH), Jean-Louis Schlessers, die Richtung vor. Die Plattform „Migration und Integration“ (Minté), ein breiter Zusammenschluss von diversen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften, wurde zu dem Zweck wiederbelebt. „Wir sind ein ziemlich großer Verein mit sehr unterschiedlichen Sensibilitäten“, erklärte Schlessers und hob hervor, dass man sich „auf einen gemeinsamen Nenner“ geeinigt habe: Ja zur Erweiterung des nationalen Wahlrechts auf alle Bewohner des Landes.

Man wolle weder „einen Kulturkampf zwischen vermeintlich Fortschrittlichen und Ewiggestrigen heraufbeschwören“ noch die für Juni angesetzte Befragung zu einem „Referendum für oder gegen die Regierung“ machen, unterstrich der Vizepräsident der LDH. Mit dem Rückgriff auf eine Parole des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs - „no taxation without representation“ - untermauerte er die Forderung nach einem Mitentscheidungsrecht „für alle, die hier leben und Steuern zahlen“.

Für Laura Zuccoli, Präsidentin der Asti, geht es vor allem darum, „einen breiten Konsens“ für das Residenzwahlrecht in der Gesellschaft zu finden. Zu diesem Zweck sei man bereit, die Frage der Bedingungen - zehn Jahre Aufenthalt in Luxemburg, vorherige Einschreibung auf den Wählerlisten für Europa- oder Kommunalwahlen - zunächst auszuklammern.

In diesem Punkt überschneidet sich die Position der Plattform mit dem Positionspapier, das das Clae am 27. Januar verabschiedet hatte. Auch dort heißt es, man sei, um eine Kristallisierung der in der Gesellschaft vorhandenen Ängste und Vorbehalte zu verhindern, bereit, die von der Regierung vorgeschlagenen Bedingungen zu akzeptieren. Ob das Clae sich dem Bündnis anschließen wird, war bei der Pressekonferenz in den Lokalen der Asti noch nicht zu erfahren.

Allerdings zeigte sich Laura Zuccoli diesbezüglich zuversichtlich.

Um die Debatte „weg von der emotionalen Ebene, die man nicht einfach vergessen kann, hin zur rationalen Ebene zu bringen“, wie es Serge-Arno Klümper ausdrückte, hat das „Minté“-Bündnis ein ausführliches Positions- und Argumentationspapier, sowie eine für das breitere Publikum gedachte Broschüre ausgearbeitet. Darin werden neben den Argumenten für das Residenz- oder Ausländerwahlrecht - demokratische Notwendigkeit, demographische Besonderheit Luxemburgs, Stärkung der Integration und Dynamisierung der Gesellschaft - auch die Bedenken der Gegner thematisiert und zu entkräften gesucht.

Ausführlich wird das Argument der Schwächung der kulturellen und sprachlichen Identität Luxemburgs behandelt: „Viele in Luxemburg ansässige Ausländer, und sogar einige Luxemburger, fühlen sich in einer anderen Sprache wohler und interessieren sich dennoch für nationale Politik“ heißt es beispielsweise. Auch die These, nach der die Erweiterung des Wahlrechts eine Destabilisierung des politischen Systems durch die Entstehung von Parallelgesellschaften mit sich bringen würde, wird zurückgewiesen. Für das Bündnis ist die „Gefahr des Kommunitarismus“ viel größer, wenn sich ganze Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen fühlen.

Wie geht's weiter? „Wir sind bei allen Parteien, aber auch bei der Chambre du commerce und der Chambre des salariés sowie einzelnen ihrer Mitglieder vorstellig geworden“, erklärt Zuccoli. Außerdem habe man die zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrer ganzen Bandbreite brieflich dazu aufgefordert, die Kampagne für das Residenzwahlrecht zu unterstützen. „Wir haben jedenfalls das Gefühl, gut vorbereitet zu sein und zu wissen, wo wir hin wollen“ unterstrich die Präsidentin der Asti. „Und wenn das Referendum negativ ausgehen sollte, haben wir wenigstens die Debatte lanciert.“

Mehr Informationen unter www.minte.lu

SHORT NEWS

Forum 348: Kooperation

(avt) - Weg von der „Entwicklungshilfe“ hin zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit und Stärkung autochthoner Strukturen in den Entwicklungsländern war ab den 1990er Jahren die Devise. Fünfzehn Jahre nach der Erklärung der Millenniums-Entwicklungsziele bestehen noch immer gewaltige Schieflagen, steht der Begriff der „Politikkohärenz“ im Zentrum der Debatte und erweist sich „Kooperation“ als transversale Aufgabe für alle Ministerien. Müsste es nicht sogar ihr Ziel sein, sich selbst abzuschaffen, fragt Jürgen Stoldt im Intro zum neuen Heft. Stephanie Majerus nimmt den Kooperations-Jargon kritisch unter die Lupe. Ein guter Ansatz, spiegelt der Begriffswandel doch gerade auf diesem Feld den Mentalitätswandel wider und trägt so den neuen Realitäten Rechnung. Ob man sich im gerade eingeläuteten „Europäischen Jahr der Entwicklung“ tatsächlich auf dem Weg zu einem Paradigmenwechsel befinde, danach fragt das Dossier. Ruht sich Luxemburg auf seinem Beitrag von mehr als 1 Prozent seines BIPs aus und versperrt sich alternativen Wegen? Einige NGOs seien noch immer gefangen im Charity-Business, meint Raymond Weber, während Minister Romain Schneider im Interview auf Fortschritte verweist. - Leider das einzige Interview, ein Manko, kommt doch so kein Mensch aus dem Süden zu Wort und wird so wieder mal aus westlicher Sicht über den Süden gefachsimpelt. Eine kritische Innensicht liefert Astm-Mitarbeiter Marc Keup, insofern er die Unfähigkeit des politischen und ökonomischen Systems anprangert, eine nachhaltige Entwicklung zu bewirken und für eine holistische Betrachtungsweise plädiert, in der NGOs Synergieeffekte nutzen.

CSV in der Wählerinnengunst

(rg) - Die CSV befindet sich in einem Selbstfindungsprozess. Ende Februar sollen die zentralen Gremien mit den Erkenntnissen diverser Studien und Erhebungen konfrontiert werden und auf deren Basis die weitere Entwicklung der Partei und ihrer Organe in Gang bringen. Eine Zwischenetappe gab es diese Woche mit den Ergebnissen einer von der CSV bestellten TNS-Ilres-WählerInnenbefragung. Bei der Frage nach dem potenziellen Wahlverhalten kann die CSV auf den ersten Blick beruhigt sein: 53 Prozent der Befragten gaben an, beim nächsten Mal sicher oder wahrscheinlich Stimmen an die CSV geben zu wollen. Die drei Regierungsparteien erreichen hier jeweils nur 24 bis 27 Prozent. Doch das Luxemburger Wahlsystem hat eben seine Tücken, denn alle Parteien zusammengenommen kommen auf ... 163 Prozent WählerInnen, die sie sicher oder ziemlich sicher wählen wollen. Doch wie schwarz, rot, blau oder grün der panaschierte Mix am Ende sein wird, kann die beste Umfrage nicht wirklich voraussagen. Für die CSV riskiert der gute Wert, ihre Bemühungen um wirkliche Änderung zu untergraben. Denn richtig falsch macht sie ja nichts, wie es scheint.

Jäger auf den Barrikaden

(nw/lm) - Die Luxemburger Jägerschaft ist sauer. Als „unverantwortlich“ bezeichnete die Jägerföderation an diesem Donnerstag die ministeriellen Maßnahmen vom 22. Januar. Mittels einer „Pétition publique“ will sie erreichen, dass die Chamber über das Verbot der Fuchsjagd und die jagdfreie Zeit von sechs Wochen im Frühjahr debattiert. Ihr Hauptargument lautet, mehr Füchse erhöhten auch das Risiko, dass sich der gefährliche Fuchsbandwurm auf Menschen überträgt - ein Risiko, welches das Umweltministerium als zu vernachlässigen ansieht. Außerdem kündigte die Föderation an, ihre Mitarbeit im „Conseil supérieur de la chasse“ zu suspendieren. In der Tat hatte das Ministerium in den umstrittenen Fragen gegen die mehrheitliche Empfehlung des „Conseil“ entschieden. Das, so die Jägerschaft, ändere nichts, da ihre Interessen sowieso nicht berücksichtigt würden. Doch es verhindere, dass der Staatssekretär im Umweltministerium sich bei seinen falschen Entscheidungen auf den „Conseil“ berufen könne. Denn, so ein Sprecher, ein Conseil de la chasse ohne Jäger sei wie eine Tripartie ohne Gewerkschaften.